

A n t r a g

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Entschließung

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 7/8231 -**

**Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreis-
angehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung
gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Ände-
rung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger
Gemeindeneugliederungen**

Erhalt und Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gebietskörperschaften

Die Landesregierung wird gebeten,

1. zu prüfen, inwieweit bei der Umsetzung der Gemeindeneugliederungen der 6. und 7. Wahlperiode infolge damit einhergehender notwendiger Strukturänderungen besondere, unzumutbare finanzielle Belastungen für die vergrößerten oder neu gebildeten Gemeinden entstanden oder absehbar sind, welche mittel- bis langfristig dem Erhalt und der Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft dieser Gebietskörperschaften in erheblichem Maße entgegenstehen,
2. im Falle des Vorliegens möglicher unzumutbarer Belastungen gemäß Nummer 1 die Schaffung abstrakt-genereller Regelungen zu prüfen, die eine angemessene finanzielle Unterstützung in den entsprechenden Sondersituationen ermöglichen sowie
3. über das Ergebnis der Prüfung den Landtag bis zum 15. Mai 2024 zu informieren.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Blechschmidt

Für die Fraktion
der SPD:

Marx

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Henfling